

die Uhr sieht, stellt fest, daß die Mittagspause schon längst vorbei ist und daß wir uns bereits eine halbe Stunde mit dem zweiten Thema beschäftigen sollten. Wenn wir das zweite Thema genauso ernst nehmen wollen wie das erste, müssen wir sofort weitermachen, weil Endzeiten entweder durch den Kalender oder durch Abflugtermine gesetzt sind. Ich bitte also um Verständnis dafür, daß wir sofort weitermachen.

Wir haben von der Methode her ähnliches für den Bereich Solidarnosc und Polen vor, wie wir es bei den Themen 1968, Charta 77 und Tschechoslowakei gemacht haben. Das bedeutet, es wird eine kurze Einführung des Gesprächsleiters geben – das wird in diesem Falle Markus Meckel sein – und dann ein Podiumsgespräch mit der Möglichkeit der Mitglieder der Enquete-Kommission, in dieses Gespräch einzugreifen.

(Kurze Unterbrechung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Auch wenn wir jetzt noch wenige hier im Saal sind, wollen wir beginnen. Wir können zwischen verschiedenen Übeln wählen. Ich denke, wir sollten nicht das Übel wählen, diejenigen, die nun hier vorne sitzen, so zu benachteiligen, daß sie kaum noch zu Wort kommen können. Jeder, der jetzt nicht anwesend ist, kann es dann zumindest im Protokoll lesen. Vielleicht gesellt sich während meiner Einführungsbemerkungen ja noch der eine oder andere in unsere Runde.

Es gibt verschiedene deutsch-polnische Nachkriegsgeschichten. Diese verschiedenen Geschichten resultieren daraus, daß es zwei deutsche Staaten gab, die zudem jeweils keine einheitliche Geschichte ihres Verhältnisses zu Polen hatten. Das heißt, es gab hier nicht nur Veränderungen, sondern gleichzeitig unterschiedliche Strömungen oder jeweils Vorläufer von Veränderungen.

Die DDR-Politik gegenüber Polen war durch die sofortige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Jahre 1950 gekennzeichnet. Dies war wichtig, wenn auch nicht so wichtig wie dann die Anerkennung Jahrzehnte später. Ansonsten war die Beziehung der DDR-Regierung zu Polen, wie wir alle wissen, durch „große Freundschaft“ gekennzeichnet. Sie beruhte auf der Ideologie, die wiederum nicht Sache der jeweiligen Bevölkerung war, so daß sie auf sehr wackeligen Füßen stand. Diese auf Ideologie beruhende Freundschaft war im Hintergrund auch nicht immer so freundschaftlich, wie sie sich nach außen hin darstellte.

Es gab in der DDR eine andere, kleine Geschichte des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen, nämlich die der Kirchen und der Opposition, ebenfalls jeweils in sich differenziert, die eine Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Polen als Aufgabe verstanden und versuchten, dies dann in den konkreten Kontakten umzusetzen.

Es gab natürlich – dies ist heute für uns ein besonderes Thema – die Geschichte des Verhältnisses der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, eine

Geschichte, die von mancher Veränderung geprägt war, am Anfang von großer Sprachlosigkeit und von der Schwierigkeit, damit umzugehen. Mit „damit“ ist die Geschichte vor 1945 gemeint: der Überfall auf Polen, die vierte Teilung Polens, an der Deutschland und die Sowjetunion beteiligt waren, der Vernichtungskrieg gegen Polen, die vielen, vielen toten Juden und Polen in Polen und die Schwierigkeit der Bundesrepublik Deutschland – die DDR hat diesen Versuch gar nicht gemacht –, mit dieser Geschichte umzugehen, zumal es in Polen eine kommunistische Regierung gab. Man stand vor der Frage: Wie kann mit einem kommunistischen Polen Versöhnung gestaltet werden?

Eine andere wesentliche Frage, die natürlich die ganze Zeit auf dem Tisch lag und die Verhältnisse mit prägte, war die Situation der Deutschen in Polen, also der Deutschen, die in Polen geblieben waren. Was war damals für diese besser: das Festhalten an Prinzipien und das Offenhalten der Grenzfrage, so daß auch eine künftige Geschichte Deutschlands auf dem Gebiet des ehemaligen und heutigen Polen offenbleiben sollte, d. h. das Offenhalten nicht nur der deutschen Frage, sondern gleichzeitig auch die Frage der Grenze zu Polen, oder eine Verständigungspolitik, die versuchte, zumindest für die Deutschen die Ausreise zu ermöglichen? Woher sollten Veränderung und Erleichterung auch für die Polen selbst kommen? Das waren Fragen, die wir heute vormittag in bezug auf die Tschechoslowakei und natürlich die DDR und den gesamten Ostblock schon diskutiert haben und die uns weiter beschäftigen werden.

Unser Podium ist so wie heute vormittag zusammengesetzt. Das heißt, wir haben auf dem Podium selbst keinen Vertreter der neuen Ostpolitik; aber wir haben diese Vertreter, die dann entsprechende Fragen stellen und Positionen beziehen können, natürlich in der Enquete-Kommission.

Ich möchte das Podium vorstellen. Zum einen sind Polen da, die in ganz besonderer Weise das mitgeprägt haben, was für uns alle im Vordergrund steht, wenn wir an Polen und die Veränderungen denken, die es 1988/1989 gegeben hat und die ein Jahrzehnt vorher in besonderer Weise mit Solidarnosc begonnen haben. Mit Solidarnosc hatte sich für uns im Osten ein Stück weit die Welt verändert. Die Charta 77 empfanden wir – wir haben dies heute morgen sehr eindringlich erfahren – als wichtigen Versuch des Lebens in der Wahrheit. Das waren real existierende Personen, die sich zusammenschlossen und miteinander dafür einstanden. Bei Solidarnosc empfanden wir es so, daß sich plötzlich etwas veränderte, mit den entsprechenden staatlichen Reaktionen. Es wurde deutlich: Von unten kann Veränderung kommen. Dies war ein Fanal für uns alle im Osten, das wir neben vielen anderen nicht zuletzt auch denen verdanken, die hier links – von Ihnen aus gesehen rechts – neben mir sitzen.

Ich stelle Herrn Dr. Artur Hajnicz vor. Er ist Journalist und hat lange bei „Zycie Warszawy“ gearbeitet, dann, 1981, als Stellvertreter von Mazowiecki bei der Wochenzeitschrift „Tygodnik Solidarnosc“. In der Zeit des Kriegszu-

standes war er für Solidarnosc für die Kontakte nach Deutschland zuständig. Er hat seit dieser Zeit in einer Gruppe – auch dies ist, glaube ich, etwas Neues –, die sich mit der Außenpolitik konzeptionell beschäftigte, besonders den Part vertreten, der sich mit der Politik gegenüber Deutschland beschäftigt hat. Er war oft in Deutschland und ist jetzt Direktor des Zentrums für internationale Politik beim Senat und hat für seine Verdienste beim Zustandekommen der deutsch-polnischen Verträge das Bundesverdienstkreuz erhalten.

Wojciech Wiczorek war lange Mitarbeiter und Redakteur der katholischen Monatszeitschrift „Wiez“. Ich will dies nicht im einzelnen ausführen. Er hat hier lange die geistige Diskussion von Solidarnosc mit geprägt. Ende der 80er Jahre war er Chefredakteur dieser Monatszeitschrift. Er hat langjährige Kontakte zu „Sühnezeichen“, zu Pax Christi und zu anderen Organisationen in Deutschland gehabt. Er war in der kurzen Zeit der demokratischen DDR Botschafter Polens in der DDR. Nach der deutschen Vereinigung war er dann Leiter der Außenstelle der Botschaft. Er lebt jetzt wieder in Warschau als sehr engagiert beschäftigter Rentner oder Pensionär.

Ganz rechts von mir sitzt Ludwig Mehlhorn. Er ist eines der beiden Mitglieder der DDR-Opposition, die in ganz besonderer Weise die Kontakte zu Polen gefördert, bekanntgemacht, weitergetragen und geprägt haben. Der andere ist Wolfgang Templin, den ich hier mit erwähnen möchte. Beide sprechen polnisch. Sie haben mit ihrer Verbindung nicht nur ein offenes Bewußtsein für Polen in der Opposition der DDR geschaffen, sondern auch immer wieder die Kontakte hergestellt. Ludwig Mehlhorn ist Mathematiker und hat zu DDR-Zeiten bei der Akademie der Wissenschaften gearbeitet, bis dies nicht mehr möglich war. Er ist jetzt bei der Evangelischen Akademie von Berlin-Brandenburg.

Timothy Garton Ash, der rechts neben mir sitzt, brauche ich, denke ich, nicht noch einmal neu vorzustellen.

Ich freue mich sehr, daß ich außer denen, die hier auf dem Podium sitzen, den polnischen Botschafter Janusz Reiter begrüßen kann. Er sitzt in der ersten Reihe. Wir freuen uns sehr, daß er hier bei uns ist (Beifall). Wir haben ihm angeboten, einige Worte zu sagen. Aber er hat gemeint, er könne nicht während der ganzen Diskussion dabeisein und wolle lieber zuhörend teilnehmen.

Ich darf dann mit den Gesprächsbeiträgen und Einführungen hier auf dem Podium beginnen. Wir haben erst gestern abend die Reihenfolge vorbesprochen. Die polnischen Gäste werden beginnen. Ich möchte Herrn Wojciech Wiczorek bitten, seine Einführung vorzutragen.

Wojciech Wiczorek: Sehr geehrte Damen und Herren! Da wir uns unter Zeitdruck befinden, möchte ich nur ganz kurz zu den Ursachen der Solidarnosc-Revolution Stellung nehmen und einige meines Erachtens grundlegende Faktoren nennen, die diese Revolution, wenn man so sagen darf, ermöglicht haben.

Der erste Faktor ist das wiederholte und endgültige Versagen der kommunistischen Planwirtschaft. Nach wenigen Jahren eines scheinbaren Wohlstandes unter Gierek hat sich eine neue wirtschaftliche Krise in Polen abgezeichnet. Die kommunistische Wirtschaft erwies sich als leistungsunfähig, so daß ihr sogar die großzügigen westlichen Kredite wenig geholfen haben. Sie haben dagegen dem polnischen Staat nur eine Schlinge der Verschuldung um den Hals gelegt.

Im Jahre 1976 hat die Regierung den Versuch unternommen, eine weitgehende Preiserhöhung einzuführen. Das hat zu einer Arbeiterrevolte in Radom-Ursus geführt, die brutal niedergeschlagen wurde. Kurz danach ist das Komitee für Verteidigung der Arbeiter gegründet worden. Dieses Komitee – in polnisch lautet die abgekürzte Fassung: KOR – ist ein Begriff für ein neues Phänomen, für eine Neuerscheinung in unserem politischen Leben nach dem Kriege. Es ist Ausdruck der Entstehung einer zwar illegalen, aber offenen und organisierten Opposition.

Die Grundidee, die der Gründung des KOR zugrunde lag, war die humanitäre Idee, den verfolgten, verhafteten und diffamierten Arbeitern, die an diesen Unruhen teilgenommen hatten, zu helfen. Aber die Bedeutung reicht weiter. Wie ich schon gesagt habe, war es der erste Versuch, im kommunistisch regierten Polen eine offene und – ich unterstreiche dieses Wort – organisierte Opposition zu gründen. Ferner war es die Idee einer Zusammenarbeit zwischen der polnischen Intelligenz, zwischen Intellektuellen und Arbeitern. Damit hat die polnische Opposition Schlüsse aus den gescheiterten früheren Versuchen gezogen. Denn als im März 1968 die Studenten und die Intelligenz gegen die Einschränkungen im Bereich der Kultur und gegen die Zensur protestierten, hat die Arbeiterschaft sie nicht unterstützt. Umgekehrt: Im Dezember 1970, als die Arbeiterrevolte in den Küstenstädten ausgebrochen war, blieben die Intelligenz und die Studenten zu Hause.

Nun waren die Oppositionellen zu dem Schluß gekommen: Wir müssen zusammenarbeiten und auch eine neue Strategie entwickeln. Herr Mlynar hat schon erwähnt, daß der Glaube an eine Änderung des Systems, an eine innere Reformierbarkeit des Systems, aufgegeben werden mußte. Es wurde eine neue Strategie entwickelt, und zwar eine Strategie, die auf einer Selbstorganisation und auf einem Druck von unten auf die Regierung beruhte. KOR stellt eine wichtige Zäsur in unserem politischen Leben dar.

Dem folgten die Entwicklung der Untergrundpresse, der sogenannte „zweite Umlauf“, und andere nach diesem Muster organisierte oppositionelle Gruppierungen, wie z. B. die Bewegung für Bürger- und Menschenrechte und andere. Das Phänomen der offenen Opposition ist also der zweite Faktor.

Der dritte Faktor: In diesem Kontext muß man auch die Rolle der Kirche erwähnen. Ich habe gesagt, die offene Opposition in Polen war ein neues Phänomen. Aber darüber hinaus gab es in Polen von vornherein eine sehr

starke katholische Kirche, die eine geistliche Alternative des Kommunismus darstellte und sich unter den Bedingungen eines kommunistischen Staates um die nationale Identität kümmerte, so daß sie zwar vor allem einen geistlichen, aber auch einen politischen Faktor in Polen darstellte. Aber nicht nur das: Unter dem kommunistischen Regime hat die Kirche sozusagen eine Ersatzrolle erfüllt. Das heißt, sie vertrat als einzige vertrauenswürdige und unabhängige Institution die Bevölkerung. Sie hat die Ansprüche und die Interessen des Volkes über die Predigten, über die Hirtenbriefe und auch über die Gespräche mit den Regierenden artikuliert. Darüber hinaus war die polnische Kirche eine Stütze für die Andersdenkenden überhaupt. Ich würde sagen: Ohne die Kirche hätte es keine Solidarnosc gegeben, aber auch umgekehrt: Ohne die massive und spontane Unterstützung des Volkes hätte es auch eine so mächtige, auch politisch mächtige, Kirche nicht gegeben.

In diesem Kontext möchte ich die Bedeutung der Wahl des polnischen Papstes und die Bedeutung seines ersten Polenbesuches erwähnen. Das war ein Feiertag; aber zugleich war es eine Ermutigung. Die Leute haben gemerkt, daß sie imstande sind, sich selbst zu organisieren. Sie haben gemerkt: Wir sind sehr viele. An den großen Veranstaltungen während des Papstbesuches haben Hunderttausende und Millionen von Menschen teilgenommen. Das war ein Beweis für die Stärke. Zugleich lautete die Parole: Unsere Sache ist gerecht. Die Bedeutung dieses Besuches war also sehr groß. Wie bekannt, erfolgte er im Juni 1979. Ein Jahr danach ist die Solidarnosc entstanden. Das wachsende Bewußtsein eigener Stärke war also ebenfalls ein Faktor im Zusammenhang mit der Tätigkeit der politischen Opposition und der Kirche.

Der vierte Faktor war eine neue Erkenntnis. Es gab nicht nur ein wachsendes Bewußtsein eigener Stärke, sondern auch die ganz neue Erkenntnis, daß die kommunistische Macht schwächer geworden war. Dafür gab es zwei sehr wichtige Beispiele, und zwar erstens, daß im Dezember 1970 nach der blutigen Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Danzig, in Gdingen, in Stettin und in Elbing die Preiserhöhungen, die die Ursache dieser Revolte waren, zurückgezogen worden sind. Zweitens. Dies geschah erneut im Jahre 1976 nach den erwähnten Unruhen in Radom und Danzig. Damals sind die Preiserhöhungen ebenfalls zurückgezogen worden. Es schien sich also zu lohnen, sich zu organisieren und Druck von unten auszuüben; das brachte Erfolge mit sich.

Damit war eine gewisse friedliche Komponente dieses Drucks verbunden. Keine Gewaltanwendung, nur bürgerlicher Ungehorsam, das war die neue Parole, und das war auch ein Schluß, den die polnische Opposition aus den früheren gescheiterten Versuchen gezogen hat. – Der vierte Faktor war also ganz einfach die Überwindung der Angst. Das war ein sehr wichtiger psychologischer Faktor.

Der fünfte Faktor waren, wenn man so sagen darf, eine internationale Kom-

ponente oder internationale Rahmenbedingungen einer Revolution in einem Ostblockstaat. Denn die Schwäche der kommunistischen Macht resultierte nicht nur aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern ganz einfach aus der Angst vor neuen sozialen Unruhen. Das Zurückziehen der Preiserhöhungen ist ein Beweis dafür; ich unterstreiche das noch einmal. Die nur begrenzten Gegenmaßnahmen gegen die Opposition resultierten auch aus der internationalen Lage, genauer gesagt: aus der Entspannungspolitik nach der Unterzeichnung des Helsinki-Abkommens. Die Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Westen trug dazu bei, daß es die kommunistischen Behörden nie gewagt haben, die oppositionelle Bewegung in Polen entschieden zu ersticken. Technisch gesehen war es zwar durchaus möglich, aber politisch schon nicht mehr; so scheint es mir zu sein. Die Entspannungspolitik, also die Beschlüsse von Helsinki und die Menschenrechtsdoktrin, waren eine wichtige Stütze der oppositionellen Tätigkeit. Die Auswirkungen der Entspannungspolitik haben sich letzten Endes zugunsten der Opposition entwickelt.

Die fünf Faktoren sind also: erstens die strukturelle Krise bzw. das Versagen der kommunistischen Planwirtschaft, zweitens ein neues Phänomen: die Opposition, drittens die Rolle der Kirche, viertens die Bewältigung der Angst und fünftens die Entspannungspolitik, also die internationale Komponente bzw. internationale Rahmenbedingungen. Ich glaube, daß dies die Ausstrahlung der Solidarnosc-Erfolge auf andere Ostblockländer ermöglicht hat, darunter auch auf die DDR, wo gewisse Formen des bürgerlichen Protestes übernommen wurden, angefangen von den oppositionellen Gruppierungen in der DDR über die Untergrundveröffentlichungen bis zu den Gesprächen am Runden Tisch nach dem Fall der Mauer in der DDR.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Rolle der evangelischen Kirche erwähnen, die vergleichbar mit der Rolle der katholischen Kirche in Polen war. Es hat sich so geschickt: Mitte Oktober 1989 bin ich in Berlin gewesen und habe die Erscheinungen des Protestes gesehen: die Demonstrationen auf den Straßen, die brennenden Kerzen und die Hungerstreiks in den Kirchen. Ich habe damals gedacht: Ich habe das irgendwo schon einmal gesehen, und zwar in Polen. Ich schließe also, daß die Erfahrungen der polnischen Opposition auch für die Opposition in anderen Ostblockstaaten hilfreich waren, und dies nicht nur in der DDR. Nach der Wende habe ich erfahren, daß auch in Rußland die Solidarnosc-Bewegung in der Bevölkerung, in Dissidentenkreisen eine große Rolle gespielt hat und daß es in der Sowjetunion Mitte der 80er Jahre den Versuch gab, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Dieser Versuch scheiterte. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ganz herzlichen Dank, Herr Wiczorek. Es ist wirklich spannend. Man kann die fünf Punkte und die Themen alle für ähnlich wichtig für die DDR halten. Wenn man dann die Situation

beider Länder vergleicht, stellt man ungeheure Unterschiede fest. Dies dann im einzelnen nachzuvollziehen kann, denke ich, nachher sehr spannend sein.

Ich will, weil Sie von dem Besuch im Oktober sprachen, nur kurz erzählen, daß Sie mir gestern abend berichteten, daß Sie in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit Günther Särchen hatten, der in dieser Runde vielleicht einmal erwähnt werden soll. Er ist ein deutsch-polnischer Aktivist aus Magdeburg, der das Anna-Morawska-Seminar geleitet hat. Ludwig Mehlhorn hat gewissermaßen dann von ihm die Fäden übernommen. Er hat im Versöhnungsprozeß zwischen der DDR, und zwar nicht der offiziellen DDR, und Polen eine große Rolle gespielt. Es gab dann ein Gespräch, dessen Ergebnis zeigt, daß Herr Wiczorek einen weitaus größeren Weitblick hatte als viele von uns in der DDR, indem er sagte: Wenn das so weitergeht, wird die Einheit schnell kommen. Eine Demokratie ohne deutsche Einheit gibt es in der DDR nicht. Demgegenüber waren viele von uns der Meinung, dies wäre zumindest im Augenblick international anders kaum verkraftbar.

Herr Dr. Hajnicz, Sie sind der nächste; wir bitten Sie um Ihre Ausführungen.

Dr. Artur Hajnicz: Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, ich werde meinen Botschafter hier vielleicht denunzieren. Ich sagte ihm während der Pause, daß ich mich in einer schwierigen Lage befinde, weil hier vor mir schon alles gesagt wurde. Was soll man jetzt noch ausführen? Daraufhin sagte er mir: Sag das Entgegengesetzte. Also werde ich versuchen, das Entgegengesetzte zu sagen.

Wir hörten eben etwas über die Ursachen. Um etwas über die Folgen zu sagen, muß ich noch etwas über das Wesen der Solidarnosc ausführen, also darüber, worin das Spezifische der Solidarnosc besteht. Darüber wurde eigentlich auch schon vormittags viel gesagt. Die Unterschiede zwischen dem Prager Frühling und der Solidarnosc sind sehr tief und weitgehend. Schon Mlynar sagte, daß der Prager Frühling der letzte Versuch einer Verbesserung, einer Reform, des kommunistischen Systems war. Er ist gescheitert. 35 Jahre lang wurden doch viele Versuche unternommen, das System zu reformieren. Alle waren gescheitert, mehr oder weniger, schneller oder langsamer, so oder anders. Man mußte sich auch die theoretische Frage stellen, ob das System überhaupt reformierbar ist, ob es wirklich einen Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz geben kann. Die Antwort ist negativ. Man könnte es so erklären: Das Schlimmste am Kommunismus steckt nicht in dem Schlimmen, im Terror, in den Gefängnissen oder in der Mißachtung der Menschenrechte; das kann man alles hinnehmen. Das Schreckliche steckt vielmehr im Guten, das der Kommunismus gemacht hat und das man nicht entbehren will. Das Gute ist mit seinem Wesen ganz eng verbunden. Das ist das Malheur; darin steckt das Schlimme. Denn z. B. die Sanatorien oder die Kindergärten, also das Schöne, muß man jetzt entbehren. Das gilt auch für die Staatsbetriebe, in denen man arbeiten kann, aber nicht unbedingt effektiv und gar nicht intensiv. Es sind

staatliche Betriebe, und sie fallen sowieso nicht; sie existieren weiter. Es geht, und es geht nicht, und nichts geht.

Die Solidarnosc funktionierte im Vergleich zum Prager Frühling von Anfang an außerhalb des Systems und gegen das System. Woraus resultierte das? Der Kommunismus beruht auf einem vielseitigen Monopol und stützt sich darauf. Das ist das Monopol der Macht, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Information. Der Einzelmensch ist in all seinen Leistungen gänzlich auf den Staat angewiesen und vom Staat abhängig. Er schickt seine Kinder in die Staatsschule; wenn er Einkäufe macht, kauft er beim Staat, und wenn er arbeitet, arbeitet er beim Staat. Er ist also ganz von diesem Staatsmoloch abhängig und auf ihn angewiesen.

In der Solidarnosc entstand eine unabhängige, selbständige Gewerkschaft, die vom Staat, von der Partei und vom System unabhängig war. Das zersetzte das ganze System. Eine unabhängige Gewerkschaft war die erste von 21 Forderungen, die die Arbeiter auf der Lenin-Werft erhoben. Alle, die Regierenden, die Machthaber und die Intelligenz, wußten, daß das im Grunde genommen eine Änderung des Systems war.

Nach dem Entstehen der Solidarnosc tat sich eine Bresche auf. Während eines Monats, nämlich des Monats September, sind in diese Bresche 10 Millionen Polen hineingekommen, weil sie nicht mehr abhängig vom Staatsmoloch sein wollten. Diese Bresche war so kolossal groß, daß der Staat nicht weiter funktionieren konnte. Die Bresche vergrößerte sich und verdrängte die Partei, das Staatspartei-system, von allen Positionen weiter und weiter. Das System wurde völlig entblößt und konnte nicht mehr funktionieren.

Dann wurde der Kriegszustand verhängt. Man versuchte, diese Bresche zu stopfen. Aber dies war nur unter einer Bedingung möglich: wenn unter dem Dach und hinter dem eisernen Gitter des Kriegszustandes eine wirklich effektive Reform eingesetzt hätte. Das war von Anfang an unmöglich. Es ist gescheitert; es mußte scheitern. Dann suchte man den Ausweg beim Runden Tisch.

Die Solidarnosc hatte also in den Jahren 1980/1981 und später bis 1989 das System in seinem Wesen zersetzt. Dabei bewies die Bewegung eine bewundernswürdige Einheit. Nach 1989, nach der Machtübernahme, wollte man das kommunistische System ersetzen. Es genügte nicht, daß man es zersetzte; man mußte es ersetzen. In den folgenden vier spannenden, für die polnische Geschichte sehr wichtigen Jahren ist das eigentlich gelungen. Aber bei der Ersetzung des Systems ist die bewundernswürdige Einheit der Solidarnosc, das sogenannte Ethos der Solidarnosc, auf eine beschämende Weise zerbröckelt. Aber das ist schon die weitere Geschichte.

Jetzt kommen wir vom Wesen zu den Faktoren. Das Wesen der Solidarnosc ist also die Zersetzung des Monopols und des Systems. Dies bestimmte die Beziehungen zur DDR und im allgemeinen die Haltung zur deutschen Frage.

Dies bestimmte die Haltung gegenüber der Entspannungspolitik der 80er Jahre und auch die Erwartungen der damaligen Opposition und des neuen Systems gegenüber dem Westen. Sehr wichtig war natürlich die Haltung zur deutschen Frage. Wenn man das kommunistische System nicht mehr reparieren und nicht mehr verbessern konnte – die DDR war eigentlich von Anfang an nur ein Systemstaat; ohne System wäre sie entbehrlich –, dann bedeutete das, daß die Solidarnosc in einem prinzipiellen Gegensatz zur Existenz des Staates stand. Das wurde vor allem und am besten von Honecker und seinen Leuten gesehen. Sie begriffen das. Sie sahen, es entstand eine wesentliche, eine schreckliche Gefahr für die Existenz nicht nur des Systems, sondern auch des Staates. Man sprach hier mehrmals von der negativen Stellungnahme der DDR-Machthaber zu den Reformversuchen. Gegenüber der Solidarnosc war die Feindlichkeit sehr groß, weil die Gefahr bestand, daß ohne (ein kommunistisches) Polen auch eine DDR nicht existieren konnte.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Strategisch nicht!)

Die Solidarnosc wollte in den Jahren 1980 und 1981 keine Außenpolitik betreiben. Das wäre in dieser Zeit ein neuer Konfliktpunkt gewesen. Wir haben beschlossen, in der Wochenzeitung von Solidarnosc keine außenpolitische Abteilung zu haben. Wir haben überhaupt keine außenpolitischen Aufsätze gedruckt und veröffentlicht. Wir wollten uns also nicht damit beschäftigen, damit keine neue Front und keine neuen Konflikte entstehen.

Aber nach der Verhängung des Kriegszustandes wurden wir dazu gezwungen, weil das erste, das Wichtigste, war, der Weltöffentlichkeit zu sagen, daß es nicht wahr ist, daß es völlig gelogen ist, daß die Solidarnosc erledigt ist und daß es schon alles sehr gut gelungen ist, daß die ganze große Bewegung nicht zersetzt und erledigt ist. Das war von Anfang an eine Lüge. Aber diese Lüge wurde von vielen mit Genugtuung gehört und sogar angenommen, auch in Deutschland. Man mußte das sagen, und man mußte Kontakte knüpfen, um zu betonen: Nein, das ist nicht wahr. Das war auch für die innenpolitische Lage und für den Kampf wichtig, der im Untergrund unter ganz neuen Bedingungen begonnen wurde.

Es war eine Aufgabe, in Frankreich, den Vereinigten Staaten und England von der Existenz der Solidarnosc zu berichten. Aber gegenüber Deutschland entstand eine viel schwerere und wichtigere Aufgabe. Es handelte sich um eine neue Politik, um eine alternative Politik im Gegensatz zu der, die bis dahin betrieben wurde. Schon Anfang der 80er Jahre wurden in den polnischen Oppositionskreisen Vorstellungen dahingehend geäußert, daß man die Haltung gegenüber der deutschen Frage und der deutschen Politik neu gestalten soll. Im Gegensatz zum offiziellen Standpunkt haben wir die deutsche Frage als offen betrachtet. Das bedeutet, wir haben es so gesehen, daß die Frage der deutschen Einheit eine Frage der Deutschen ist, daß das deutsche Volk das Recht hat, diese Frage selber auf demokratische Weise zu beantworten. Unsere Formel,

unsere These, war, daß die deutsche Frage als offen zu betrachten ist. Aber die Grenzfrage sollte gleichzeitig als erledigt und abgeschlossen anerkannt werden.

Schon im Jahre 1983 haben wir diese Überlegungen und auch die Perspektive der Anerkennung der deutschen Einheit der deutschen Seite vorgelegt. Im Juni 1983 hat man diese Vorschläge auch im Auswärtigen Amt gehört. Der Gesprächspartner war damals Dr. Alois Mertes. Im September wurden diese Thesen auch schriftlich bestätigt.

Warum betrachtete die Elite der Solidarnosc die Einheit Deutschland als eine aktuelle Frage der 80er Jahre und nicht als eine Frage für die Urenkel?

Erstens. Es ging vor allem um die Befreiung Polens von der sowjetischen Umzingelung. Polen war ein Innenstaat im Satellitensystem. Ohne die Einheit Deutschlands konnte man diese Umzingelung, diesen Käfig, nicht aufbrechen.

Zweitens ging es um eine geopolitische Annäherung an den Westen, an seine wirtschaftliche und militärische Struktur.

Drittens. Die große Wende bezüglich des Hauptziels der Außenpolitik der Solidarnosc, also der Opposition, bestand darin, daß man die bisherige östliche Option in eine okzidentale änderte. Das war das strategische Hauptziel der polnischen Opposition. Ohne Deutschland wäre das unmöglich. Eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland war also immer ein Teil und eine Vorbedingung der neuen Politik der okzidentalen Wahl.

Wir waren damals natürlich – das möchte ich mit Verbitterung hinzufügen – etwas naive Optimisten. Wir haben den kurzichtigen Egoismus in Westeuropa und den kleinkarierten Opportunismus europäischer Bürokratien unterschätzt. So rief man z. B. wegen ein paar erbärmlicher Groschen im Handel mit Weichselkirschen ein paar Wochen vor den Wahlen eine allgemeine Empörung aller polnischen Bauern hervor. Der künftige Ministerpräsident Waldemar Pawlak sagte offen im Fernsehen, daß das eine wichtige Ursache dafür war, daß er von den Bauern so viel Stimmen bekommen hat.

Noch ein paar Bemerkungen zur Entspannungspolitik. Hier wurde schon sehr viel darüber gesagt; ich muß leider noch etwas hinzufügen oder vielleicht etwas wiederholen, was schon gesagt wurde. Mein Nachbar sagte, daß die Entspannungspolitik eine positive Rolle gespielt hat. Ja, das stimmt. Man soll vor allem die große historische Bedeutung der neuen deutschen tapferen Ostpolitik Ende der 60er Jahre nochmals hervorheben und unterstreichen. Natürlich waren die Ostverträge etwas sehr Wichtiges und Hervorragendes. Aber schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und vor allem in den 80er Jahren unterlag diese Entspannungspolitik einer wesentlichen Entartung. Timothy Garton Ash schreibt in seinem Buch von einem Stabilitätsgebot.

Ich würde hier von einem höchsten Entspannungsgebot sprechen. Wer gegen dieses Entspannungsgebot verstößt, ist ein elender und naiver Sünder.

(Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ein Romantiker!)

Horst Ehmke bezeichnete die Leute der Solidarnosc in den 80er Jahren sogar nicht als Oppositionelle, sondern etwas verächtlich als Dissidenten. Worum geht es ihnen eigentlich, fragt er. Es handelt sich bloß darum – so sagt Ehmke –, daß die Urenkel etwas mehr Freiheit genießen; das sei alles; deshalb werde gegen das höchste Gebot der Entspannungspolitik verstoßen. Das wurde im November 1985 geschrieben, als nicht nur der Westen, sondern sogar die Sowjets die Bedeutung der polnischen Opposition nicht mehr leugnen konnten. Es war nicht nur innenpolitisch wichtig. Ich meine, daß man vor allem in bezug auf Deutschland manche Vorschläge und manche Ideen besser hätte vorbereiten können, wenn man bessere Kontakte gehabt hätte, wenn man keine Berührungsangst gegenüber der Opposition gehabt hätte. Ich könnte behaupten, daß man manche Schwierigkeiten und Fehler, die in den Jahren 1989 und 1990 begangen wurden, hätte vermeiden können.

Es handelte sich hier nicht nur um mehr Freiheit für die Enkelkinder und nicht nur um Menschenrechte. Das kommunistische System war einfach nicht lebensfähig, und die Leute, die darin steckten, haben ihre zivilisatorische Position von Jahr zu Jahr verloren. Es war noch ärger: Nicht nur mit der Wirtschaft ging es immer mehr bergab; es wurden vielmehr soziale Strukturen zerstört. Der Einzelmensch war auf den Staatsmoloch angewiesen. Dadurch wurde er seiner schöpferischen Kraft beraubt. Es war so, wie Friedrich Schiller in der „Glocke“ schreibt: „Er verlor den Mut zum Wetten und Wagen, das Glück zu erjagen.“ Das Unglück besteht darin, daß der Mensch ohnmächtig ist. Wir sehen in den neuen deutschen Ländern, wir sehen in Rußland, wir sehen in weiten Gebieten in Polen, daß viele Leute, die Mehrheit, ohnmächtige Menschen sind. Sie wurden der Verantwortung für sich selber beraubt.

Ich fürchte sehr, daß man heutzutage, wenn man von diesen Problemen und von den sozusagen einseitigen Einschätzungen redet, was gut und was schlecht ist, was für Europa gut oder schlecht ist – Timothy Garton Ash hat in seinem Buch geschrieben, daß der Begriff „Europa“ einseitig und egozentrisch gesehen wurde-, in einer anderen historischen Lage doch wieder denselben Fehler macht, wenn man den mitteleuropäischen Staaten einen Anteil an einer Partnerschaft, an europäischen Strukturen, an westlichen Sicherheits- und Verteidigungssystemen verweigert (Beifall). Das ist in einer neuen Lage eine Wiederholung der schon bekannten Fehler. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen ganz herzlich, auch für die zwischendurch immer wieder geäußerten Bezüge auf ganz aktuelle Fragestellungen. Ich denke an EG und NATO. Das Stichwort „Weichselkirschen“ sollte uns nachdenklich machen, insbesondere wenn es um die Außenpolitik Deutschlands geht. Für mich war erstaunlich, daß es

schon in den frühen 80er Jahren die Überlegungen in der Solidarnosc gab, die eben hier dargestellt worden sind.

Ich möchte die Stafette an den nächsten Redner weitergeben, Ludwig Mehlhorn. Vielleicht kannst du auch die Frage beantworten, inwieweit du selbst Bekanntschaft mit diesen Überlegungen und Thesen hattest. Denn das, was in Polen diskutiert worden ist, hätte für unsere Diskussion in der DDR-Opposition durchaus eine Rolle spielen können.

Ludwig Mehlhorn: Ich werde gerne darauf eingehen. Ich denke, es hat tatsächlich eine Rolle gespielt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mir aus dem vorgegebenen Thema einen Unterkomplex herausgegriffen: Solidarnosc einschließlich ihrer Vorgeschichte und ihre Auswirkungen auf die DDR: Wie ist auf die polnischen Ereignisse 1980/81 reagiert worden? Ich möchte zwischen Ad-hoc-Reaktionen und längerfristigen Auswirkungen unterscheiden. Ich will in der DDR drei Ebenen unterscheiden: erstens Partei und Staat, zweitens die Gesellschaft, drittens die Opposition. Sie bekommen auf diese Weise eine Matrix von 3 x 2 Feldern, in die ich bestimmte Fakten, Beobachtungen und Reflexionen hineingebe. Es erübrigt sich, zu sagen, daß es fließende Übergänge gibt. Um den Preis dieser Holzschnittartigkeit werde ich versuchen, die vorgegebenen zehn Minuten nicht zu überschreiten.

Kurzfristige Reaktionen, zunächst auf der Ebene von Partei und Staat. Hier brauche ich nur auf die Dokumente zu verweisen, die Professor Wilke, Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität, herausgegeben hat. Dort ist das alles säuberlich aufgeführt. Die SED hat mit sicherem Instinkt sofort die Bedrohung erkannt, die von der Solidarnosc für ihre Machtbasis ausging. Bereits Ende September 1980 legte Axen dem Politbüro eine Analyse vor. Der PVAP wird darin u. a. vorgeworfen – ich zitiere aus diesem Katalog –: Negieren der konterrevolutionären Kräfte, rückwärtsgerichtete Fehlerdiskussion, Isolierung von den Massen, Duldung der Kirche als einem zweiten Zentrum der Macht, Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, Deformierung der sozialistischen Demokratie in Richtung einer bürgerlichen Gewaltenteilung, Verletzung des Prinzips der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, Aktionslosigkeit und Kapitulantentum, Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit Nationalismus, Antisowjetismus und Revisionismus. Das geht eine ganze Weile so weiter.

Noch vor der offiziellen Zulassung der Solidarnosc im November 1980 definierte die SED die Ereignisse als Konterrevolution. Sie schätzte die Lage in Polen schlimmer als 1968 in der CSSR, schlimmer als unter Dubcek ein. Ende Oktober 1980 beschloß die SED, den seit 1971 mit Polen bestehenden visafreien Reiseverkehr einseitig „zeitweise auszusetzen“. Nach der Registrierung der „Solidarität“ im November wollte Honecker selbst auf das Blutvergießen als letztes Mittel nicht mehr verzichten, „wenn die

Arbeiter-und-Bauern-Macht verteidigt werden muß“. Allerdings konnte er sich damit zu diesem Zeitpunkt in Moskau bereits nicht mehr durchsetzen.

Die SED mußte ein ganzes Jahr auf einen wirksamen Gegenschlag warten. Bis zum 13. Dezember 1981 blieb ihr nur die Drohhärbärde nach innen und außen. Aber auch die hatte es in sich. Die Parteipresse setzte eine Desinformations- und Hetzkampagne in Gang. Die Schlagzeilen lauteten: „Solidarnosc stürzt Polen ins Chaos“, „Ohne Arbeit kann keine Gesellschaft leben“, „Antisozialistische Kräfte werden immer dreister“ etc. Zwischen den Zeilen appellierte diese Propaganda unverhohlen an das Vorurteil gegenüber der polnischen Wirtschaft. Teilweise reagierten die Genossen offen aggressiv und geradezu haßerfüllt, vor allem in internen Schulungen, die im Ton immer noch einen Zahn schärfer waren als das, was im „Neuen Deutschland“ stand. Ich selbst habe einen Dozenten für Marxismus-Leninismus erlebt, der im Dezember 1980 erklärte, die Produktionsausfälle auf Grund der Streiks in Polen hätten inzwischen zu größeren wirtschaftlichen Schäden geführt als der gesamte Zweite Weltkrieg. Ich will es damit bewenden lassen. Wie gesagt: In den von Professor Wilke herausgegebenen Dokumenten kann man das alles im Detail nachlesen.

Die Ebene der Gesellschaft. Wie haben die Menschen in der DDR auf die Ereignisse in Polen reagiert? Ihnen standen im Prinzip drei Informationsquellen offen: Einmal die eigene Presse, zum anderen die Medien des Westens und zumindest in der Anfangsphase auch der eigene Augenschein. Ich glaube jedoch, daß sich mit Solidarnosc zu keiner Phase in der DDR so große Hoffnungen verbanden wie etwa mit dem Prager Frühling. Obwohl die SED, wie schon gesagt, die Solidarnosc als schlimmer, als bedrohlicher einschätzte, möchte ich dennoch versuchen, drei Phasen zu unterscheiden.

Eine erste Phase kann man mit Respekt und Hoffnung beschreiben. Die Leute hofften, es möge den Polen gelingen, den Herrschenden ein Stück mehr Freiheit abzutrotzen. Eine charakteristische Äußerung: Die trauen sich wenigstens etwas, und vielleicht springt auch für uns etwas dabei heraus. Oder: Wenn sie wegen der Preiserhöhungen streiken, dann ist das nur recht und billig, dann ist das bei uns auch bald dran.

Diese Phase war relativ kurz. Sie wurde schnell abgelöst – sicherlich auch unter dem Eindruck der eben beschriebenen SED-Kampagne – durch eine zweite Phase, die bis zur Verhängung des Kriegsrechts reichte. Ich glaube, es ist die Phase, die sich im Bewußtsein bei uns und auch in Polen später festgesetzt hat. Es ist eine Phase, in der eine Haltung des Unverständnisses und der Besorgnis vor nachteiligen Folgen für die Verhältnisse in der DDR, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, dominierte. Sie war auch charakterisiert durch die Angst, man könnte wie 1968 in ein militärisches Eingreifen hineingezogen werden, eine Angst, die im übrigen auch durch die Propaganda zwischen den Zeilen extrem geschürt wurde, besonders im Herbst 1980 und nochmals im

Frühjahr 1981 nach den Ereignissen von Bydgoszcz. Eine charakteristische Äußerung in dieser Phase war: Die Polen gehen zu weit. Diese Grundhaltung der Gesellschaft lag in der Regel auch den offiziellen und inoffiziellen Äußerungen zugrunde, die aus den Kirchen gekommen sind, auch aus der Bundesrepublik. Denn diese ist mitbestimmt durch den Umgang mit dem Polen-Thema in der Politik der Bundesrepublik.

In der dritten Phase, ab dem 13. Dezember 1981, dominierte ein Gefühl der Erleichterung und Genugtuung darüber, daß der befürchtete Einmarsch ausblieb, daß die Polen aus eigenen Kräften Ordnung schaffen. Der größte Teil der Gesellschaft war daran interessiert, daß Ruhe einzieht.

Diese Bewertung der gesellschaftlichen Reaktionen in der DDR wird durch die Materialien der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS, ZAIG-Materialien, soweit ich sie bisher in der Gauck-Behörde einsehen konnte, im wesentlichen bestätigt.

Damit komme ich zur Opposition. In den eben erwähnten Protokollen lautet ein häufig wiederkehrender Satz: Dem MfS wegen ihrer negativ-feindlichen Haltung bekannte Personen zeigen außerordentlich großes Interesse an den Ereignissen in Polen. Sie informieren sich über westliche Medien. Sie ziehen Parallelen zur DDR. Sie betrachten die Solidarnosc als Signal für andere sozialistische Länder. Aber – das ist der entscheidende Satz – die öffentliche Wirksamkeit dieser Argumente wird als gering eingeschätzt.

Die SED hatte also die Opposition im Griff. Als ersten Schritt verfügte sie über die allgemeinen Einschränkungen hinausgehende Reiseverbote für fast alle Aktivisten. Es gab Einzelaktionen „Freiheit für Polen“, als Flugblätter in den Briefkästen oder auch an Häuserwände gemalt. Es gab auch Verhaftungen und Gefängnisstrafen für Personen, die in Polen illegal Gedrucktes über die Grenze zu bringen versuchten. Aber insgesamt war die Opposition in der DDR zu schwach, waren die gegenseitigen Kontakte zu wenig intensiv, um geschlossen und repräsentativ reagieren zu können. Eine Gelegenheit dazu hätte sicher der Appell an die Arbeiterklasse Osteuropas während des I. Solidarnosc-Kongresses sein können. Aber der überwiegende Teil der DDR-Opposition war damals mit der Rüstungsspirale und den Folgen für die innere Liberalität beschäftigt. Eine revolutionäre Situation – um diesen marxistischen Terminus zu gebrauchen – bestand bei uns damals nicht. Die DDR-Führung brauchte im Grunde zu keinem Zeitpunkt Sorge zu haben, daß der sprichwörtliche polnische Bazillus kurzfristig in die DDR überspringt. Später hat man wohl auch in Polen kaum noch mit Reaktionen aus der DDR gerechnet.

Nun zu den längerfristigen, den, wie ich meine, wichtigeren Folgen für die DDR. Ich betrachte wiederum die drei Ebenen Staat und Partei, Gesellschaft sowie Opposition. Die Herrschenden in der DDR bezahlten für ihren harten antipolnischen Kurs letztlich einen hohen Preis. Die SED sah sich in den 80er Jahren zur Abgrenzungspolitik auch nach Osten gezwungen, was die

DDR international noch mehr isolierte. Es kostete sie Vertrauen, selbst bei den polnischen Kommunisten, also auch bei den eigenen Verbündeten. Die tönernen Füße, auf denen die Legitimation der Macht ruhte, wurden immer sichtbarer. Früher hatte die SED stets auf die Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems geachtet. Nun sprach sie verkappt nationalistisch vom Sozialismus in den Farben der DDR. Wir wissen schließlich, wie es endete: mit Flüchtlingen, die nicht nur in der Prager, sondern auch in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik Schutz suchten und denen die Bürgerkomitees Quartiere organisierten, bis diese Menschen in den Westen ausreisen konnten.

Die Solidarnosc und hier vor allem die Untergrundgesellschaft der 80er Jahre schlug zweifellos ein Loch in die Mauer und damit in die Existenzbedingung des SED-Staates. Ich möchte den Streit anlässlich Timothy Garton Ashs Buch, ob es das zweite oder das erste Loch gewesen ist, weiter den Feuilletons überlassen.

Zweitens: die Gesellschaft. Die Gesellschaft hatte natürlich zunächst die Folgen dieser Isolation zu tragen. Geistige Enge und Provinzialität wurden in der DDR immer spürbarer. Polen fiel als eines der wenigen Reiseländer praktisch aus. Die Kontakte etwa im Studentenaustausch wurden weitgehend eingeschränkt oder ganz unterbunden oder noch schärferer Kontrolle als ohnehin unterworfen.

Ich meine, an dieser Stelle muß man zumindest kurz die Folgen für das deutsch-polnische Verhältnis bedenken. Die Solidarnosc hatte eine Bewegung in Gang gesetzt, die von der ganzen Gesellschaft getragen wurde. Die Schere der gesellschaftlichen Entwicklung ging in Polen und in der DDR ein ganzes Jahrzehnt lang immer weiter auseinander. Die Entfremdung der beiden Gesellschaften beiderseits von Oder und Neiße nahm spürbar zu. Die Propagandakampagne der SED zeigte Wirkung, zwar nicht in dem Sinne, daß die Leute den primitiven Lügen Glauben schenkten, aber die Einschüchterung funktionierte. Sie setzte einen Resonanzboden abgestandener, offenbar tief verwurzelter antipolnischer Schwingungen in Bewegung, der zur Klimavergiftung in der DDR wesentlich beitrug. Die abwartende Haltung der DDR-Gesellschaft, der fehlende Impuls zur Auflehnung und Rebellion, die Ignoranz und auch die Arroganz von Teilen der Bevölkerung gegenüber der Entwicklung in Polen wurden dort sehr wohl wahrgenommen und produzierten ihrerseits einen Gegenreflex der Abwehr, der sich nach meinem Dafürhalten bis heute auf das Klima in den polnisch-deutschen Beziehungen negativ auswirkt. Bis heute unterscheidet man in Polen Ost- und Westdeutsche, in der Regel zu unseren Ungunsten.

Nun zu den längerfristigen Folgen der Solidarnosc für die Opposition in der DDR, also den geistigen Einflüssen, die von dort ausgegangen sind. Ich bin mir sehr wohl der Schwierigkeiten an diesem Punkt bewußt, einmal der

Versuchung zu erliegen, heutiges Wissen und Erkennen zurückzuprojizieren, zum anderen eine Bewegung zu heroisieren, die sich nach dem Ende der alten Weltordnung in fruchtlosen Diadochenkämpfen von der politischen Bühne verabschiedet hat.

Für die Bewältigung der heutigen, der postkommunistischen Krise scheinen die Denk- und Verhaltensmuster der einstigen Opposition nicht mehr zu taugen. Die Sprache, in der wir uns damals verständigten, hat ihre Überzeugungskraft eingebüßt. Doch trotz dieser Schwierigkeiten will ich wenigstens einige Linien kurz zu skizzieren versuchen.

Vielleicht waren die Einflüsse aus Polen sogar größer, als uns seinerzeit bewußt war, obwohl man von einer effektiven politischen Kooperation der Opposition in der DDR und in Polen kaum wird sprechen können. Aber man muß sich die Situation einen Augenblick vorstellen, als meine Generation ins Erwachsenenalter eintrat. Wir fanden eine geschlossene Welt vor. Der 17. Juni war pazifiziert worden. Er hatte ein Trauma hinterlassen, das bei der älteren Generation bis in den Herbst 1989 nachwirkte. Die Mauer stand seit 1961 stabil in der geopolitischen Landschaft. Heute vormittag war davon die Rede, daß wir mit großen Hoffnungen den Reformversuch der Tschechen und Slowaken begleitet hatten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte klar sein müssen, daß unter den Bedingungen der Pax Sovjetica innere Reformen von oben unmöglich sind.

Was konnte man in einer solchen Lage tun, wenn einerseits Fundamentalopposition einem Tanz auf dem Vulkan gleichkam, die Option der Ausreise in den Westen als individualistische Lösung ausschied und andererseits natürlich die Kooperation oder gar Kollaboration mit dem Regime nicht in Frage kam? Ich denke, wir haben Wege aus diesem Dilemma. Vieles läuft jetzt parallel zu den Erfahrungen mit der Tschechoslowakei, von denen heute vormittag schon die Rede war. Wege aus diesem Dilemma haben wir auch durch die demokratische Opposition in Polen bekommen, die ihren prägendsten Ausdruck in der Solidarnosc fand, aber deren Vorgeschichte genauso wichtig ist. Wir haben seit Mitte der 70er Jahre mitverfolgt, wie sich das Projekt der selbstorganisierten Gesellschaft gegen den quasi totalitären Staat allmählich entwickelte. Das KOR, das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, war sicherlich ein entscheidender Kristallisationspunkt. Aber existieren konnte es eben nur dank eines Netzwerks von Unterstützerguppen in fast allen größeren Städten. Ich erinnere mich noch, wie wir 1977 in Krakau Kurons Ideen für ein Aktionsprogramm in einer schwer lesbaren hektografierten Untergrundaussage entzifferten.

Die polnische Situation war auf unsere nicht einfach übertragbar. Wir hatten weder individuelle Landwirtschaft noch Streiks und Demonstrationen der Arbeiter, weder eine starke, integrierende Kirche noch nennenswerte Versuche, das kulturelle und geistige Leben durch Aufbau von Selbstverlagen der

Staatskontrolle zu entziehen. Aber der Ansatz mußte auch für uns richtig sein: Nicht den Marsch in und durch die Institutionen antreten, um irgendwann Reformen von oben befördern zu können, sondern Widerstand durch soziale Bewegung, nicht den Dialog mit den Vertretern des Staates suchen, sondern der Gesellschaft Räume unzensurierter Kommunikation erschließen, weg von der Staatsfixierung, wichtiger als Forderungen an den Staat ist die Solidarität untereinander, nicht anonym handeln, sondern mit vollem Namen und damit auch mit vollem Risiko und schließlich keine übertriebene Angst vor einer sowjetischen Intervention; die Panzer kommen nur, wenn es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt, also wenn die Opposition schwach ist, aber nicht, wenn sie dem Regime maßvolle Reformen abtrotzt.

Aus der heutigen Sicht und mit unseren heutigen Erfahrungen mutet Kurons Programm, ein Pars pro toto für andere Texte, wie eine Aufzählung von Trivialitäten an. Aber für uns war das damals durchaus eine Erleuchtung. Wir sahen, wie wirksam kleine Gruppen sein können. Wir merkten, daß schon das Verlassen der verordneten Sprache eine befreiende Wirkung hat. Wir sahen, wie allmählich das Bündnis zwischen Kirche und der sogenannten laikalen Linken Gestalt annahm, wie es Michnik beschrieben und vielleicht auch ein wenig antizipiert hat. Es konnte entstehen, weil beide Seiten der Menschenrechtsfrage Priorität einräumten und auf die traditionellen ideologischen oder weltanschaulichen Differenzen verzichteten. Wir erlebten beim ersten Besuch des Papstes schließlich, wie sich eine Gesellschaft als autonomes Subjekt der Politik wahrzunehmen beginnt. Wir sahen dann, wie aus diesen Ansätzen eine große gesamt nationale Bewegung hervorging, die sich 16 Monate länger als jemals zuvor halten konnte. Während des Kriegsrechts sahen wir schließlich, wie die einmal errungene Freiheit verteidigt werden kann, wenn auch unter Opfern. Wir begriffen, daß die Ermordung Jerzy Popieluszkos ein Pyrrhussieg für das Regime war. 1987 und in den folgenden Jahren entstand eine neuerliche Dynamik des Reformprozesses von unten.

In der DDR wurde diese Intensität gesellschaftlicher und politischer Aktivitäten nie erreicht, es sei denn im kurzen Herbst 1989. Damals wurde, freilich viel zu spät, um noch Entscheidendes bewirken zu können, der Runde Tisch, letztlich ein originär polnisches Möbelstück, in Ost-Berlin aufgestellt. Auch die Themen waren in der DDR-Opposition größtenteils andere. Es ging um die Friedensfrage, die Militarisierung der Gesellschaft, die ökologische Verwüstung, die fortdauernde Ideologisierung der Schule und der Kultur. Es ging um die Abgrenzungspolitik. Aber die Methoden des Handelns waren ähnlich: Versammlungen, Seminare, Ausstellungen, Konzerte, Autorenlesungen, wo es nur ging, meistens in Kirchen und Privatwohnungen, Vernetzung lokaler Initiativen, Aufbau von Gegenöffentlichkeit durch eigene Zeitschriften, Präsenz in den westlichen Medien, Solidarität bei Repressionen usw. Es gab also ganz ähnliche Formen des Handelns.

Schließlich – damit komme ich auf die Frage, die mir Markus Meckel gestellt hat – haben auch Stimmen aus Polen dazu beigetragen, daß es wenigstens bei Teilen der Opposition zu einem allmählichen Umdenken in der deutschen und in der europäischen Frage gekommen ist. Der Status quo der Teilung galt in beiden deutschen Staaten als unveränderlich. Im Osten wurde er trotz des Leidensdrucks resignativ hingenommen. Im Westen war er trotz der Rhetorik an bestimmten Feiertagen gesellschaftlich akzeptiert. Die Ordnung von Jalta schien, zumal vor dem Hintergrund der Ostpolitik in den 70er Jahren, die auch wir enthusiastisch begrüßt hatten, der unverrückbare Grundriß Nachkriegseuropas zu sein. Wir mußten also aus diesem Geschichtsdeterminismus und Geschichtsfatalismus herauskommen. Wir mußten Alternativen überhaupt erst wieder denken lernen. Allein angewiesen auf deutsch-deutsche Kontakte hätten wir wohl kaum begriffen, daß z. B. die Frage der deutschen Schuld nicht instrumentalisiert werden darf, um die Teilung Deutschlands und auch die Teilung Europas akzeptierend oder gar rechtfertigend auf längere Sicht in Kauf zu nehmen.

Über das Denken der polnischen Opposition, das in Grundzügen bekannt war und das auch in einzelnen Kreisen besprochen wurde, hat Artur Hajnicz eben berichtet. Ich beschränke mich auf ein weiteres, besonders charakteristisches Beispiel. Wladyslaw Bartoszewski bekam den Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1986 in Frankfurt. Er sagte dort das Folgende:

„Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern und Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“

Mir scheint es, meine Damen und Herren, noch heute unmöglich, jemand von uns hätte unbefangen einen solchen Satz sagen können, nicht weil wir ihn ablehnten, sondern weil niemand sicher sein konnte, ihn hinreichend gegen Mißverständnisse abzusichern. Mit der Nennung des Warschauer Ghettos und der Berliner Mauer in einem Atemzug hätte die Opposition in der DDR keinen halbwegs kultivierten Historikerstreit ausgelöst. Sie hätte statt dessen den Staatsanwalt auf den Plan gerufen. Aber mehr noch: Sie hätte sich auch die Sympathien eines großen Teils der Kirche und der kulturellen Elite verscherzt und wohl noch weiter die ohnehin schwache Unterstützung aus dem Westen verloren. Bartoszewski ging es natürlich nicht um die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen, sondern um angemessene politische Konsequenzen, die wir aus dieser Geschichte zu ziehen haben. In dieser Hinsicht war die Botschaft aus Warschau, aus Prag und aus Budapest im Laufe der Jahre immer eindeutiger. Sie lautete: Wenn ihr die Teilung

weiter fatalistisch akzeptiert, begeben ihr euch nochmals auf einen deutschen Sonderweg. Es war für uns von fundamentaler Bedeutung, daß die polnischen Intellektuellen und Publizisten, die als erste unter den Stiefeln der Wehrmacht und dem Terror der Sonderkommandos gelitten hatten, in dieser Logik argumentierten.

Zusammenfassend: Die Einflüsse der Solidarnosc und ihres kulturellen Kontextes auf die DDR sind vielfältig und jedenfalls nicht auf die vielzitierten zynischen Abwehrversuche der SED zu beschränken. Ich sage auch, daß sie bis heute weiterwirken, selbst wenn sie im politischen Alltag kaum zur Geltung kommen. Keine Freiheit ohne Solidarität – *ne ma wolnosc bez solidarnosci* –: Das war eine polnische Lektion der 70er und 80er Jahre, ich meine, eine Lektion für ganz Europa, für die wir Ostdeutschen besonderen Dank schulden. Auf diese Überzeugung und Erfahrung stützte sich die Idee der Bürgergesellschaft. Auch sie ist mehr als nur ein Kampfbegriff der früheren Opposition. Wenn die Freiheit bewahrt werden soll, dann hat auch heute das Ethos der Solidarität seine moralische Substanz und seine politische Relevanz meines Erachtens nicht eingebüßt. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Herzlichen Dank, Ludwig. Ich will mit Blick auf die Uhr ohne irgendeinen Kommentar zu dem letzten Einführungsbeitrag von Timothy Garton Ash überleiten.

Timothy Garton Ash: Ich glaube, das meiste ist schon gesagt worden. Ich möchte nur drei kurze Bemerkungen zum Zusammenhang zwischen Entspannungspolitik und der Entstehung der Solidarnosc machen.

Ohne Entspannungspolitik keine Solidarnosc. Ohne KSZE keine Solidarnosc. Ohne Ostpolitik keine Solidarnosc. Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursachen innenpolitische und osteuropäische waren. Ich glaube allerdings, daß die Entspannungspolitik in dreierlei Hinsicht die Solidarnosc mitverursacht hat. Zum einen bin ich davon überzeugt, daß die viel größeren Reisemöglichkeiten gerade für polnische Bürger in den 70er Jahren – die Zahl der Reisen sind mächtig angestiegen – dazu beigetragen haben, daß man über die eigene Wirklichkeit noch mehr desillusioniert war und der magnetischen Anziehungskraft des Westens noch mehr unterlegen war und daß insbesondere das Feindbild Deutschland, das gerade in Polen in den 70er Jahren noch sehr wirksam war, allmählich verblaßte. Zum zweiten gab es für die Opposition die Möglichkeit der Berufung u. a. auf die KSZE. Nur glaube ich, daß die besondere Bedeutung der KSZE in dieser Hinsicht gerade in Deutschland oft überbewertet wird. Es ist aufgefallen, daß Anna Sabatova sehr betont hat, daß sich die Charta 77 auf die UNO-Menschenrechtserklärungen berufen hat. Das KOR hat sich u. a. – aber eben nur unter anderem – auf die KSZE berufen. Das steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der KSZE. Die Danziger Forderungen im August 1980 haben sich auf die Internationale Arbeitsorganisation berufen und eben nicht auf KSZE. Wenn es ein internationales Dokument von überragender

Bedeutung für die Menschenrechtsthematik in Polen gab, dann war es nicht KSZE, nicht UNO und nicht ILO, sondern das Zweite Vatikanum. Das Zweite Vatikanum war in Polen viel wichtiger als KSZE. Denn es führte gerade den Krakauer Kardinal Karol Wojtyla dazu, daß nicht allein die nationalen Rechte der Kirche, sondern die gottgegebenen Menschenrechte jedes einzelnen von vielen Kanzeln ständig gepredigt wurden, nicht zuletzt durch den Papst selber und seinen Besuch 1979.

Dritter Punkt. Bei den Wirtschaftsbeziehungen gibt es wiederum eine dieser schönen Ironien der unbeabsichtigten Folgen. Denn beabsichtigt war in der Osthandelspolitik der Entspannungszeit natürlich nicht, daß man die polnische Wirtschaft in die Krise führt. Aber die westlichen Kredite haben entscheidend dazu beigetragen und die Entstehung der Solidarnosc dabei katalysiert. Wenn Sie so wollen, ist das auch ein Erfolg der Entspannungspolitik.

Dann kommt in der Tat die Entstehung der Solidarnosc. Die Reaktionen vielerorts in Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland sind sehr gespalten. Denn einerseits neigt man dazu, zu sagen, das sei gewissermaßen ein Ergebnis der Entspannungspolitik. Andererseits sieht man darin eine unmittelbare Bedrohung der Entspannung, und zwar eine sehr große Bedrohung vor allem des Erreichten im deutsch-deutschen Verhältnis. Das heißt, wenn es richtig ist, daß die Solidarnosc zum Teil ein Ergebnis der Entspannung war, dann muß man, auf die kürzeste Formel gebracht, zu dem Schluß kommen: Die Entspannung war schlecht für die Entspannung. Diesen Widerspruch versucht man dialektisch aufzulösen. Aber das ging und geht natürlich nicht, weil es nicht so aufzulösen ist. Vielmehr werden die Spannungen immer wieder in diesen Systemen entstehen, nicht zuletzt und gerade im Kontext der außenpolitischen Entspannung. Die Spannungen sind wahrscheinlich auch notwendig, um diese Systeme zu verändern. Denn nennen Sie mir die Diktatur, die sich, als die Diktatoren völlig entspannt waren und sich völlig sicher fühlten, aus freien Stücken liberalisiert hat. Ich will noch weitergehen: Diese Spannungen sind in sich schon ein Stück praktizierter Demokratie. Denn was ist Demokratie, wenn nicht die geregelte Austragung von Konflikten, also von Spannungen? Gewissermaßen geht die Vorstellung einer völligen innenpolitischen Entspannung nicht in die Tiefen der Demokratie; ich will nicht sagen: Das ist undemokratisch.

Dann kommt das Kriegerrecht und die bekannte, sehr ambivalente Reaktion Helmut Schmidts am Werbellinsee. Aber man muß gerechterweise auch sehen, was Helmut Schmidt im Bundestag gesagt hat: Ich stehe ganz auf der Seite der polnischen Arbeiter, sowie die große Debatte nicht nur in Deutschland, sondern im gesamten Westen über die Bedeutung von Solidarnosc und des Kriegerrechts. Dazu nur zwei Aspekte.

Erstens. Ich glaube, es ist schon sehr wichtig, über die rein moralische Bedeutung des Widerstands und der Opferbereitschaft für die Selbstachtung

und die Zukunft des einzelnen Menschen, einer Gesellschaft und einer Nation zu sprechen. Das klang auch in dem an, was Anna Sabatova heute vormittag sehr bewegend gesagt hat: In Prag hatte man sich tatsächlich überlegt, ob man das eigene Leben aufs Spiel setzen würde. Hier gab es – das ist natürlich ein sehr sensibles und sehr weites Feld – zum Teil unterschiedliche Lernebenen aus dem Zweiten Weltkrieg. Ich habe selbst erlebt, wie Günter Gaus in einer Diskussion in West-Berlin bloßes Entsetzen über die Vorstellung geäußert hat, irgend jemand könnte für Danzig sterben. Bronislaw Geremek schloß seinen großen Vortrag zum Gedenken an Marc Bloch in Paris mit den Worten: On peut mourir pour Danzig.

Aber das ist „nur“ die moralische Seite. Es gibt – zweitens – auch die politische Seite. Natürlich stellte sich nach dem 13. Dezember 1981 die Frage: War das eine weitere Niederlage, die man in die Reihe 17. Juni 1953, 13. August 1961 und 21. August 1968 stellen sollte? Bewies das wieder einmal, daß es so nicht geht, daß es eben nur über Moskau geht: Nur wenn sich in Moskau etwas ändert, wird auch der Wandel in Osteuropa möglich sein? Oder war das qualitativ anders, dadurch, daß die Transformation innerhalb Polens soviel länger – sechs bis sieben Monate – und soviel weiter gegangen ist, von einer so großen Mehrheit der Gesellschaft getragen worden ist und eben nicht mit einem sowjetischen Einmarsch beendet worden ist, sondern nur mit einer Selbstintervention und daß sich über die Monate und Jahre danach herausstellte, daß eine Normalisierung à la Kadar oder à la Husak in Polen nicht möglich war. Napoleon hat gesagt: Alle Imperien sterben an Verdauungsschwierigkeiten. Polen hat der Sowjetunion sicherlich große Bauchschmerzen bereitet. Das stellt man auch in vielen Gesprächen mit denjenigen fest, die das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik eingeführt haben, ob Oleg Bogomolow oder Jakowlew oder Schewardnadse oder Tschernajew.

Einer der Ausgangspunkte des Überdenkens der sowjetischen Osteuropapolitik war sicherlich die Frage: Was machen wir bloß in Polen? Die sind nicht zu normalisieren. Das kriegen wir nicht hin. In einem Zusammenspiel zwischen innenpolitischer Entwicklung in Polen und der Änderung der sowjetischen Außenpolitik kommt eine Renaissance der Solidarnosc ab 1986/87 und 1988 mit zwei Streikwellen. „Ne ma wolnosz bez solidarnosci“ rufen die Arbeiter. So geht es weiter – als die Chance durch die veränderte sowjetische Osteuropapolitik gegeben war – zum ersten Runden Tisch. Wie Sie sehr zu Recht sagten, wurde der Runde Tisch nicht in Moskau gezimmert, sondern in Warschau. Damit hat Polen einen sehr direkten Beitrag zu den Ereignissen von 1989, zu den anderen Runden Tischen und auch zur deutschen Vereinigung geleistet.

Das heißt, um es zusammenzufassen: Ich glaube in der Tat, daß Ostpolitik das erste Loch in der Mauer war und Solidarnosc das zweite Loch in

der Mauer. Die tragische Ironie ist: Beide Seiten, die Ostpolitiker und die Solidarnosc-Politiker, haben sich miteinander sehr schwergetan. Beide haben große Schwierigkeiten gehabt, den Beitrag des anderen anzuerkennen, vielleicht heute noch. Hoffen wir, daß die heutige Diskussion dazu ein bißchen beitragen kann. (Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Daß manche Wunden noch heilen müssen und manche schon geheilt sind, das kann man an Gesprächen ablesen, die zwischen führenden Vertretern der Ostpolitik und Vertretern von Solidarnosc geführt worden sind, wo dergleichen sehr deutlich ausgesprochen und dann aber wirklich zu Grabe getragen worden ist. Ich rede konkret von Willy Brandt, Adam Michnik und Walesa.

Mir liegen nun eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Die Zeit ist wiederum sehr fortgeschritten. Wir sollten versuchen, bis 16.30 Uhr fertig zu werden. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Dann schließe ich die Liste. Zum Schluß erhalten die Mitglieder des Podiums Gelegenheit, auf die Fragen und Bemerkungen einzugehen. Es ist deutlich geworden, daß ein spezifischer Zeitabschnitt der Beginn von Solidarnosc und des Kriegsrechts war. Hier hat es manche Turbulenzen und Defizite gegeben.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Das Thema unserer Kommission ist die SED-Diktatur, ihre Geschichte und ihre Folgen. Wir diskutieren heute über die Tschechoslowakei und über Polen. Bevor ich zu dem komme, wofür ich hier als erster das Wort bekommen habe, möchte ich anmerken, daß ich mich als deutscher Patriot noch immer schäme und nicht vergessen habe, wie die Tschechen und Polen, die Anfang der 80er Jahre von der deutschen Einheit sprachen, in der alten Bundesrepublik verlacht worden sind. Ich denke, daß diese Menschen, die damals unsere ureigenste nationale Forderung nach Selbstbestimmung gestellt haben, im nachhinein unsere ausdrückliche Anerkennung verdienen. Ich wünsche mir, daß der Deutsche Bundestag sie irgendwann einmal in gebührender Form zum Ausdruck bringt.

Nun zum Thema. Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin hat im Januar 1993 im Zusammenhang mit meiner Arbeit für den „Untersuchungsausschuß 1/3“ des Landtags von Brandenburg über die Aktivitäten des Konsistorialpräsidenten im Wartestand Manfred Stolpe eine Sammlung von SED-Dokumenten vorgestellt, aus denen Mehlhorn schon vorgetragen hat. Das zentralste und wichtigste Dokument war mit Sicherheit das Protokoll des Treffens der Generalsekretäre in Moskau am 5. Dezember 1980. Auf diesem Treffen nahm Breschnew – ich habe das gestern schon deutlich gemacht – ausdrücklich Bezug auf den gerade gewählten neuen amerikanischen Präsidenten Reagan und die Drohung der USA: Falls Polen von außen ein fremder Wille aufgezwungen wird, ist Schluß mit den Handelsbeziehungen. Honecker drang mit seiner Forderung, daß die Arbeiter- und Bauern-Macht mit Blutvergießen verteidigt werden muß, nicht durch. Vielmehr konnte Kania